

# Linke Rhein-Zeitung

Informationen und Meinungen der Gruppe DIE LINKE im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

## Arbeitnehmerfreizügigkeit

**DIE LINKE.**  
im Kreistag Rhein-Kreis-Neuss

Der 1. Mai 2011 ist ein historischer Einschnitt in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt. Der Hintergrund: bereits im Mai 2004 wurde die EU um acht osteuropäische Länder erweitert, ab dem 1. Mai 2011 gilt für die Menschen aus diesen EU-Mitgliedsländern (Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen) der freie Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, da nun die deutschen Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit abgelaufen sind. Festgesetzt wurden die Übergangsfristen, weil die Bundesregierung befürchtete, dass die Folge des EU-Beitritts der acht osteuropäischen Länder im Jahr 2004 starke Zuwanderung und "soziale Verwerfungen" sein könnten.

Ab Mai 2011 dürfen osteuropäische Unternehmen ihre Mitarbeiter in Deutschland arbeiten lassen - zu osteuropäischen Löhnen. Das Institut für Mittelstandsforschung rechnet damit, dass jährlich 350.000 Dienstleister aus anderen EU-Ländern ihre Leute nach Deutschland schicken könnten. Der Experte vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Herbert Brücker, rechnet vor, dass dies bis zu 700.000 zusätzliche Arbeitnehmer auf dem deutschen Markt bedeuten könnte, die zu konkurrenzlos niedrigen Löhnen arbeiten. Denn es gilt das Prinzip, dass die Tariflöhne aus dem Herkunftsland auch in Deutschland gelten. Das würde vor allem MitarbeiterInnen hiesiger Dienstleistungsunternehmen durch Lohndumping in Bedrängnis bringen, denn in den acht osteuropäischen Staaten liegt der Durchschnittslohn bei lediglich 6,14 pro Stunde und damit im Niedriglohnbereich.

Derzeit liegt die offizielle Niedriglohngrenze für einen Vollzeit Arbeitsplatz in Westdeutschland bei 1870 Euro und in Ostdeutschland bei 1367 Euro monatlich, bezogen auf die gesamte Republik bei 1784 Euro brutto im Monat. Bei 38,5 Wochenarbeitsstunden und damit 154 Stunden Monatsarbeitszeit liegt die Niedriglohngrenze mithin bei rund 11,60 Euro Stundenlohn brutto.

Nach einer OECD-Definition (aus dem Jahr 2008) heißt Niedriglohn: Betroffene in Westdeutschland bekommen weniger als 9,50 Euro, in Ostdeutschland weniger als 6,87 Euro brutto pro Stunde. Nach einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen auf Basis der OECD-Definition haben 2008 rund 6,55 Millionen Beschäftigte eine Vergütung unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten - seit 1998 ist die Zahl damit um fast 2,3 Millionen gestiegen. Jeder fünfte Beschäftigte (20,7 Prozent) erhielt 2008 einen Niedriglohn. Zudem sei ein starkes «Ausfransen» des Lohnspektrums nach unten zu beobachten, so das IAQ. Etwa jeder dritte Geringverdiener (gut 2,1 Millionen) arbeitete 2008 für Stundenlöhne unter 6 Euro brutto. Rund 1,15 Millionen mussten sich sogar mit weniger als 5 Euro begnügen.

Lohndumping und die Ausweitung resp. das Fortbestehen des Niedriglohnssektors kann nur über die Einführung eines Mindestlohns verhindert werden, der unter Zugrundelegung der offiziellen Niedriglohngrenze bei durchschnittlich 11,60 Euro die Stunde liegt. Er gilt für alle, die in Deutschland arbeiten wollen. (Autor: Harald Farle)

**Herausgeber:**  
**Gruppe DIE LINKE**  
**im Kreistag Rhein-Kreis Neuss**  
**Hochstadtstraße 11**  
**41469 Neuss**

[dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de](mailto:dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de)



**Harald Farle (KTA)**  
**02137-7960846**

[farle@dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de](mailto:farle@dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de)

**Hans-Wilhelm Grütjen (KTA)**  
**02137-7960848**

[gruetjen@dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de](mailto:gruetjen@dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de)

**Redaktion:**  
**Harald Farle**

**v.i.S.d.P: Harald Farle**

**Sonderausgabe 1. Mai 2011**

# EU-Kommission gefährdet Tarifautonomie

Autor Hans-Wilhelm Grütjen

**Die EU-Kommission plant im Bereich der Eisenbahn eine Richtlinie zur Deregulierung und zur Liberalisierung (ähnlich Port Package für die EU-Seehäfen) durchzusetzen.**

Dadurch würde eine weitere Zersplitterung des Eisenbahnwesens die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern.

Gewinner sind nur die DB und andere Großkonzerne.

Ein zentrales Element der geplanten Richtlinie ist die Einführung eines Mindestdienstes: Durch die Einführung eines Mindestdienstes würde das Streikrecht ausgehebelt. Dies greift massiv in unser Streikrecht ein. Das Streikrecht hat in einigen EU-Ländern Verfassungsstatus, daher halten wir den Mindestdienst für rechtlich unzulässig.

Die EU-Kommission plant weiter, dass Eisenbahnunternehmen Dienstleistungen als Unteraufträge an Dritte vergeben dürfen. So wird Sozialdumping gefördert und der Weg für weitere Privatisierungen geebnet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Neustrukturierungen immer zu einer Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Mitarbeiter geführt haben.

Die EU-Kommission will anscheinend über die Gründung einer EU-Aufsichtsbehörde den Eisenbahnmärkte regulieren.

Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission enthält weiterhin den Vorschlag, die Kommission zu ermächtigen, Durchführungsvorschriften in zusätzlichen Bereichen zu erlassen.

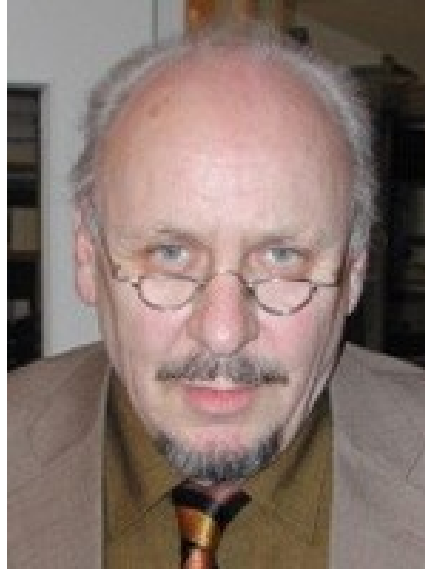
Dieses Vorgehen ist undemokratisch.

Die oben angeführte Kritik an der Neufassung des Ersten Eisenbahnpaketes entspricht auch den Hauptkritikpunkten des Europäischen Transportarbeiter Verbandes.

Die Abgeordnete der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, Sabine Wils, wird diese Gewerkschaftsposition in den Verkehrsausschuss einbringen. Außerparlamentarischer Druck

ist wichtig.

Es wäre zu wünschen, dass die Gewerkschaften EVG und GdL sich in die Auseinandersetzung einbringen.



**Hans-Wilhelm Grütjen, Kreistagsabgeordneter, Vorsitzender DIE LINKE im Kreistag Rhein-Kreis Neuss**

## Anspruch auf Wertersatz

**Ein rechtswidriger Ein-Euro-Job kann Anspruch auf Wertersatz begründen. Darauf weist Harald Thomee, Fachreferent für Arbeitslosen- und Sozialrecht in seinem Newsletter vom 17. April 2011 hin.**

**Nachfolgend der Wortlaut:**

Das BSG hat in einer bahnbrechenden Entscheidung festgestellt, dass Menschen die zu rechtswidrigen Ein-Euro-Jobs (EEJ), die gegen die Zusätzlichkeit verstoßen, herangezogen wurden einen Anspruch auf Wertersatz aus der Differenz Sozialleistung, Sozialversicherung und Mehraufwandsentschädigung zum Tariflohn haben.

Laut Bericht des Bundesrechnungshofs vom 12.08.2010 verstoßen mehr als die Hälfte aller EEJ gegen das Zusätzlichkeitskriterium.

siehe dazu:

<http://www.fr-online.de/politik/bundesrechnungshof-bestaetigt-kritik-an-euro-jobs/-/1472596/4835026/-/index.html>),

Bericht des BRH:

[http://www.lag-arbeit-hessen.net/fileadmin/user\\_upload/BRH\\_Pruefbericht\\_AGH\\_2010\\_1110.pdf](http://www.lag-arbeit-hessen.net/fileadmin/user_upload/BRH_Pruefbericht_AGH_2010_1110.pdf)

Es ist aus der Veröffentlichung des BSG noch nicht ersichtlich wie nun der Wertersatz geltend zu machen ist. Klar ist er muss sich gegen das Jobcenter richten und es besteht mind. eine dreijährige Rückwirkungsfrist (§ 195 BGB) oder aber eine vierjährige (§ 45 SGB I). Wie das Wertersatzverfahren genau aussehen kann ist ohne Urteilsbegründung noch nicht klar. Die Zeit bis dahin kann allerdings schon genutzt werden an der Glaubhaftmachung dahingehender Ansprüche zu arbeiten. Also welche Tätigkeit wurde durchgeführt, warum verstößt sie gegen die Zusätzlichkeit, wie kann die jeweilige Behauptung bewiesen werden ....

Link zum Terminsbericht des BSG:

<http://juris.bundessozialgericht.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bsg&Art=tm&Datum=2011&nr=11954>

### Info: Einsatzfelder Ein-Euro-Jobs

*In NRW arbeiten derzeit 36.381 Langzeitarbeitslose befristet für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1,50 Euro in Kitas, Schulen, Altenheimen oder bei Garten- und Friedhofsämtern. Nach Angaben der Agentur für Arbeit sind die stärksten Arbeitsfelder für Ein-Euro-Jobber in NRW die „Infrastrukturverbesserung“ (13.732 Personen), „Umweltschutz und Landschaftspflege“ (7.352 Personen), „Gesundheit und Pflege“ (3.766 Personen) und „Erziehung und Bildung“ (2.524 Personen). - Stand Februar 2011*

*Wer mehr als 15 Stunden pro Woche in einem Ein-Euro-Job arbeitet, wird nicht mehr in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit als Arbeitsloser geführt.*

# Niedriglohnland Deutschland

Autor Harald Farle

In ihrem „Global Wage Report 2010/11“ stellte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) fest, dass Deutschland neben Japan das einzige Industrieland ist, in dem im vergangenen Jahrzehnt die Reallöhne sanken.



**Harald Farle,**  
*Kreistagsabgeordneter,  
Geschäftsführer DIE LINKE im  
Kreistag Rhein-Kreis Neuss*

## Entwicklung 2000 bis 2009

Zur Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2009 stellt die ILO fest: "Neben den moderaten Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre sind die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und 400-Euro-Jobs – wesentliche Gründe für das schlechte Abschneiden Deutschlands." (Global Wage Report, Datenblatt Deutschland, S.2/4).

Unter atypischer Beschäftigung werden nach der Definition des Statistischen Bundesamtes alle abhängig Beschäftigten verstanden, die eines oder mehrere

der folgenden Kriterien aufweisen:

- Befristung,
- Teilzeitbeschäftigung mit 20 Arbeitsstunden oder weniger
- Zeitarbeitsverhältnis,
- geringfügige Beschäftigung.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Zahl der Menschen, die in atypischer Beschäftigung sind, von 5,29 Millionen im Jahr 1998 auf 7,72 Millionen im Jahr 2008 und damit um 46 Prozent angestiegen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Normalarbeitnehmer von 23,71 Millionen im Jahr 1998 auf 22,93 Millionen gesunken ist.

Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes liegen die Stundenverdienste im Bereich der atypischen Beschäftigung rund ein Drittel unter den Stundenverdiensten von Normalarbeitnehmern.

In ihrem „Global Wage Report 2010/11“ stellte die ILO weiter fest, dass Deutschland neben Argentinien, Spanien, Polen und Südkorea zu den Ländern gehört, in denen der Niedriglohnbereich am schnellsten gewachsen ist.

Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) waren in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2008 18,4 % aller Beschäftigten oder 6,55 Millionen Personen im Niedriglohnssektor angesiedelt: knapp 13 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, 25 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten, fast 40 Prozent der befristeten Beschäftigten und 86 Prozent der Minijobber (nach WSI, 12/2010, S. 638).

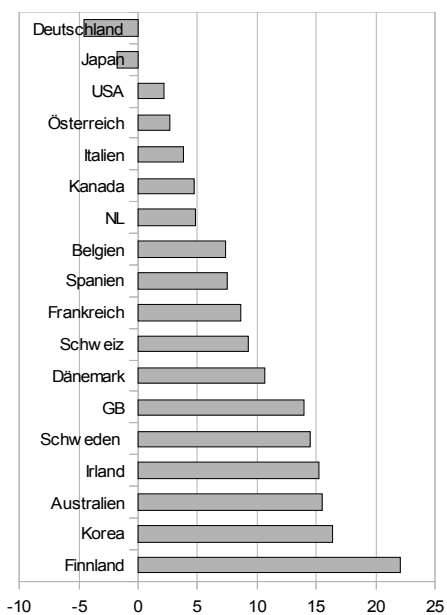
Das IAQ bewertet die Entwicklung der letzten Dekade wie folgt: "Bemerkenswert ist dabei nicht die gestiegene Zahl der Niedriglohnempfänger; mindestens ebenso problematisch ist ihr gleichzeitig gesunkenes Durchschnittseinkommen. Es findet eine Armutsintensivierung in der sich ausbreitenden Armut trotz Arbeit statt." -

## Ausblick 2011

Wirtschaftsminister Brüderle ließ in den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesre-

gierung schreiben, der Aufschwung 2011 hänge nicht mehr allein am Export, sondern werde zunehmend auch vom privaten Konsum getragen, mithin durch Steigerung der Reallöhne.

## Reallohnentwicklung in OECD-Ländern 2000 bis 2009, (Wachstum des Reallohns in Prozent)



Die konkrete Zahl dazu: prognostizierte Reallohnsteigerung 2011: + 1,6 %.

Die begleitenden Zahlen führen zu einer anderen Prognose: Die Bruttolöhne werden mit einer Steigerungsrate von 2,1 % je Arbeitnehmer prognostiziert. Jedoch steigt ab 1. Januar 2011 für die Arbeitnehmer der Beitragssatz zur Krankenversicherung um 0,3 Prozent und zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozent - damit fällt die Steigerung der Nettolöhne deutlich geringer aus als bei den Bruttolöhnen. Sie dürften sich um maximal 1,7 Prozent erhöhen.

Zieht man davon die zu erwartende Preissteigerung von über zwei Prozent ab, dann bleibt unter dem Strich ein Minus, d.h. die abhängig Beschäftigten werden wieder weniger Kaufkraft haben.

Soll vom Konsum wirklich ein An Schub für die Konjunktur kommen, dann bedarf es endlich kräftiger Lohnerhöhungen. Nur so kann die Binnennachfrage in Schwung gebracht werden.

# Niedriglöhne und Leiharbeit boomen auch im Kreis Neuss

Autor Oliver Reising

## LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn und unterstützt den gewerkschaftlichen Aktionstag am 24. Februar!

„Es ist ein Skandal, wie viele Beschäftigte im Rhein-Kreis Neuss mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist längst überfällig“, erklärt der Kreisvorsitzende der LINKE Oliver Reising.



Oliver Reising, Vorsitzender der Partei DIE LINKE im Rhein-Kreis Neuss

Laut einer Anfrage der LINKEN bei der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/4590) liegt im Kreis Neuss der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die lediglich einen Niedriglohn erhalten, bei 18 Prozent. Das sind mehr als 17.000 aller Vollzeitbeschäftigten.

Ein Lohn gilt nach Berechnungen der Bundesregierung als niedrig, wenn er unterhalb der Niedriglohnschwelle von derzeit 1.870 Euro in Westdeutschland und 1.367 Euro in Ostdeutschland liegt.

Die Ausbreitung von Niedriglöhnen muss endlich gestoppt werden. Es ist Zeit zu handeln und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Ein Mindestlohn von 10

Euro pro Stunde, wie ihn die LINKE fordert, würde die Löhne von rund sieben Millionen Menschen anheben. Hinzu kommt: Spätestens ab dem 1. Mai 2011 ist ein gesetzlicher Mindestlohn unumgänglich. Ab diesem Zeitpunkt fallen die Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit fast vollständig weg. Es muss verhindert werden, dass Unternehmen dies zu Lohndumping zu Lasten der Beschäftigten ausnutzen können. Die Bundesregierung bleibt bisher aber untätig. Der Druck muss erhöht werden, damit sie ihren Lobbyismus für die Arbeitgeber beendet. Die Beschäftigten dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden. Die LINKE unterstützt deshalb den Aktionstag der Gewerkschaften für sichere und faire Arbeit am 24. Februar.“

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn nutzt nicht nur den Beschäftigten. Auch die Steuerzahler würden entlastet. Im Rhein-Kreis Neuss bekommen 3.226 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Hierfür wurden allein seit Juni 2010 insgesamt 12.552.665 Euro im Kreis Neuss ausgegeben.

Fast ausschließlich mit Dumpinglöhnen werden Leiharbeiter abgespeist. Nach den Zahlen der Anfrage der LINKEN liegt im Kreis Neuss der Anteil der Leiharbeitsplätze an allen offenen Stellen im Januar 2011 bei 32,6 Prozent. Damit einher geht das Wachstum von Niedriglöhnen. Denn während der mittlere Lohn (Medianentgelt) eines Vollzeitbeschäftigten in Neuss auf alle Branchen betrachtet bei 2.985 Euro pro Monat liegt, sind es bei Leiharbeitsbeschäftigten lediglich 1.401 Euro.

Die ungleiche Behandlung von regulär Beschäftigten auf der einen und Leiharbeitskräften auf der anderen Seite muss sofort beendet werden. Die LINKE fordert, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Wenn und Aber ab dem ersten Einsatztag per Gesetz festzuschreiben. Außerdem ist die Einsatzzeit für Leiharbeiter auf längstens drei Monate zu beschränken. So wird die Leiharbeit strikt begrenzt und die Entstehung regulärer Arbeitsplätze gefördert. Der Druck auf die Bundesregierung muss erhöht werden, damit sie ihren Lobbyismus für die Arbeitgeber beendet. Die Beschäftigten dürfen nicht

weiter im Regen stehen gelassen werden.

Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nutzt nicht nur den Beschäftigten. Auch die Steuerzahler würden entlastet. In Neuss bekommen 13 Prozent der Leiharbeitsbeschäftigten zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Hierfür wurden allein im Juni 2010 200.465 Euro im Rhein-Kreis Neuss ausgegeben.



Bildquelle:UZ Unsere Zeit)

Bundesweit bezieht jede dritte Frau mit einer Vollzeitstelle Niedriglohn. So die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: 2009 waren in Deutschland 2,4 Millionen weibliche Vollzeitbeschäftigte Geringverdienerinnen. Das entspricht einem Anteil von 33 Prozent. Bei Vollzeit arbeitenden Männern ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit 13 Prozent deutlich kleiner.

Geringverdiener sind Beschäftigte, die weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens beziehen. Betrachtet man alle Erwerbstätigen inklusive Teilzeitkräften und Minijobbern, sind sogar 68 Prozent der Niedriglohnbezieher weiblich, so die Arbeitsmarktexpertin Claudia Weinkopf.

Dazu die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann: „Nötig ist ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro, von dem vor allem Frauen profitieren würden.“

## „Lehrer, die sind doch alle gleich“

*Autorin Reina Hausmann*

Ein Ausspruch, der sich in der Bevölkerung sicher etabliert hat, wenn es sich um Noten, Durchsetzung von Schulordnungen, Diskussionen über Verhaltensweisen und vieles mehr handelt.

Aber hat schon jemand darüber nachgedacht, dass es in der Schullandschaft bei der Besoldung nicht um den einen „Lehrer“ handelt? In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine einheitliche Bezahlung von Lehrern.

Die einzelnen Bundesländer besolden ihre Lehrer sehr unterschiedlich. Allein im Bereich der Gesamtschultätigkeit unterscheiden sich die Besoldungsgruppen in den verschiedenen Bundesländern.

In NRW werden die Gesamtschullehrer mit A 12 besoldet in einigen anderen Bundesländern mit A 13.

Aber nicht nur in den einzelnen Bundesländern ist die Bezahlung unterschiedlich, sondern auch an ein und derselben Schule. So erhalten verbeamtete Lehrer ein anderes Gehalt als angestellte Lehrer.



**Reina Hausmann (parteilos)**  
sachkundige Bürgerin der  
Kreistagsgruppe DIE LINKE  
im Schulausschuss

Außerdem gibt es noch befristete Lehrerstellen, die aus schulpersonellen Gründen nicht immer verlängert werden können. Auch die Möglichkeit verbeamtet zu werden unterscheidet sich in den unterschiedlichen Bundesländern.

Erwartet wird aber, dass jeder Lehrer sein Bestes gibt und zu Recht, sich um jeden Schüler bildungstechnisch optimal kümmert. Dann allerdings sollte auch jeder Lehrer dieses für die gleiche Entlohnung machen können.

Der Lehrerberuf hat sich in der heutigen Zeit auf viele Aufgabenbereiche erweitert. Er dient nicht nur zur Wissensvermittlung, sondern erfordert in erzieherischen, sozialen und administrativen Bereichen eine hohe Kompetenz. Wenn man über neue Bildungspakete nachdenkt, sollte man auch dabei an die Lehrer denken und sie entsprechend bezahlen. Denn nur durch unsere Schulen erwächst die Zukunft des Landes: motivierte, leistungsstarke und kritische junge Menschen.

## Für einen echten Politikwechsel

*Autorin Sahra Wagenknecht*

Zum Erste Mai ist wichtig, daran zu erinnern, dass in Deutschland diejenigen, die tagein, tagaus die Güter und Dienstleistungen herstellen selbst immer weniger davon abbekommen. Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandprodukt nimmt im Trend seit Jahrzehnten ab und der Anteil der Gewinne entsprechend zu. Die Reallöhne sind zwischen 2000 und 2009 nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) um 4,5 Prozent gesunken. Deutschland ist damit im negativen Sinn Spitzenreiter.

Verantwortlich ist dafür die Agenda 2010 Politik gewesen. Sie hat nicht nur entwürdigende Lebensbedingungen für die Hartz-IV-Empfänger geschaffen sondern auch die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust bei den Arbeitnehmern unverantwortlich gesteigert, denn nach der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe durch Rot-Grün drohte bei einem Jobverlust bereits nach einem Jahr der Absturz auf das Existenzminimum. Zusammen mit der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit war das Gift für stärker steigende Löhne. Die Folgen sind bis heute fatal. In keinem anderen Land Europas ist der Niedriglohnssektor so ausgeprägt wie in Deutschland.

Hunderttausende bekommen von ihren Arbeitgebern noch nicht einmal einen existenzsichernden Lohn ausgezahlt und

müssen zusätzlich noch beim Jobcenter aufstocken. Das ist für die Betroffenen entwürdigend und gleichzeitig eine skandalöse Lohnsubvention.

Ebenso wurden in den letzten Jahren die Steuern für große Konzerne und der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer gesenkt. Insgesamt wirkte die Politik wie ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten nach oben.

Ein Detail dieses Wahnsinns: Während Hartz-IV Empfänger mit 5 Euro zusätzlich abgepeist werden, steckte sich Volkswagen-Chef Martin Winterkorn allein im letzten Jahr unglaubliche 9,3 Millionen Euro in die Tasche. Das ist in etwa das 200fache eines VW-Facharbeiters und steht damit in keinerlei Verhältnis zur Arbeitsleistung.

Es verwundert nicht, dass unter solchen Bedingungen die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen dramatisch zugenommen hat. Bereits 2007 besaßen zehn Prozent zwei Drittel des Gesamtvermögens. Und diese Entwicklung geht ungebremst weiter. Die Geldvermögen der privaten Haushalte wuchsen zwischen 2000 und 2009 doppelt so schnell wie die Wirtschaftsleistung. Diese Entwicklung ist im Grunde leistungsfeindlich. Während die Einkommen der Rentiers ständig zunimmt, wird den Arbeitnehmer, von dem was sie herstellen, immer weniger übrig gelassen.

Deshalb sind die Forderungen der LINKEN für einen echten Politikwechsel hin zu einer gerechten, solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft so aktuell wie nie!



**Sahra Wagenknecht, MdB, ist**  
Wirtschaftspolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE und stellv.  
Parteivorsitzende

# **Brigadistas“**

*Autor Manfred Idler*

Vor fast 75 Jahren, im Juli 1936, putschten Spaniens Generäle gegen die demokratisch gewählte Regierung. Arbeiter und Bauern griffen zu den Waffen, um zusammen mit loyalen Truppen die Republik zu verteidigen. Beginnend im August 1936, schickten die faschistischen Staaten Deutschland und Italien Truppen und moderne Waffen, die die Putschisten unterstützten.

**Manfred Idler (DKP)**



**Sachkundiger Bürger der  
Kreistagsgruppe DIE LINKE  
im Kulturausschuss**



Aus der ganzen Welt eilten Antifaschisten der bedrängten Republik zu Hilfe. Im Oktober wurden die ersten Einheiten der Internationalen Brigaden gebildet. Bis 1938, als die Brigaden auf Druck Spaniens und Frankreichs aufgelöst wurden, waren es 40 000 Freiwillige, darunter an die 5 000 Deutsche, die an der Seite des spanischen Volks die Republik verteidigten. Mehr als die Hälfte von ihnen verloren im Kampf das Leben.

70 Jahre nach Beginn des Spanischen Krieges kehrten die letzten noch lebenden internationalen Freiwilligen, die für Freiheit und Demokratie und gegen den Faschismus und General Franco gekämpft haben, noch einmal nach Spanien zurück.

Die Brigadistas, 36 Frauen und Männer – die Jüngste 86, der Älteste 99 Jahre alt –, begaben sich auf eine Reise, die sie von Madrid über Zaragoza nach Barcelona quer durch Spanien führte. Einem Land, in dem sie auch nach so langer Zeit noch begeistert gefeiert wurden. Diese Reise war für viele von ihnen die letzte und die Brigadistas wussten das. Sie berichteten über das Erlebte und wollten ihre Ideen und Ideale weitergeben. Der Film „Brigadistas“ ist ein intensives und einfühlsames Porträt dieser Menschen. Er zeichnet ein Bild, in dem Begeisterung, aber auch Nachdenklichkeit ihren Platz haben.

**Die VVN-Bund der AntifaschistInnen Neuss zeigt den Film „Brigadistas“  
am Sonntag, 8. Mai 2011, 18 Uhr  
in der Gaststätte Hamtorkrug, Büttger Straße 3, in Neuss**

Der Regisseur und Kameramann des Films, Daniel Burkholz, gibt eine Einführung und wird Fragen zu seiner Arbeit beantworten.

